

Antrag

der Abgeordneten Dr. Reinhard Loske, Hans Josef Fell, Sylvia Kotting-Uhl, Undine Kurth (Quedlinburg), Kerstin Andreae, Cornelia Behm, Birgitt Bender, Matthias Berninger, Alexander Bonde, Dr. Thea Dückert, Anja Hajduk, Winfried Hermann, Peter Hettlich, Ulrike Höfken, Bärbel Höhn, Dr. Anton Hofreiter, Markus Kurth, Anna Lührmann, Brigitte Pothmer, Elisabeth Scharfenberg, Christine Scheel, Dr. Gerhard Schick, Dr. Harald Terpe, Margareta Wolf (Frankfurt) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Für eine sichere Energieversorgung im 21. Jahrhundert – Energieeinsparung und erneuerbare Energien statt Öl, Atom und Kohle

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine hat Deutschland und Europa die starke Abhängigkeit von Energieimporten vor Augen geführt. Der russisch-ukrainische Streit war dabei nur das Vorspiel zu den großen Energiekonflikten, die die nächsten Jahrzehnte prägen werden. Mit der Endlichkeit der fossilen Energien und des Urans werden politische Spannungen zunehmen. Eine intelligente politische Strategie setzt auf Energiesparen, Energieeffizienz und Umstieg auf erneuerbare Energiequellen. Die Herausforderung des 21. Jahrhunderts wird es sein, teure fossile Energieträger durch besser gedämmte Häuser, durch effizientere Elektrogeräte und durch erneuerbare Energien zu ersetzen.

Atomenergie ist unsicher, teuer und garantiert für Deutschland und Europa weder Versorgungssicherheit noch Klimaschutz. Längere Laufzeiten von Atomkraftwerken bergen nicht nur zusätzliche Risiken, sondern ziehen auch zusätzliche Kosten nach sich: für altersbedingte Nachrüstungen, für erforderliche Sicherheitsinvestitionen gegen Terrorgefahren, für die Endlagerung zusätzlichen Atomabfalls. Nicht zuletzt verhindert eine Laufzeitverlängerung die von der Energiewirtschaft bereits angekündigten Milliardeninvestitionen in erneuerbare Energien und klimaschonende Energietechnologien. Auch zur Versorgungssicherheit kann die Atomkraft keinen wesentlichen Beitrag leisten. Uran wird vollständig importiert und seine Reichweite ist mit etwa 30 bis 40 Jahren ebenso begrenzt wie die von Erdöl und Erdgas. Nach wie vor ist das Entsorgungsproblem des Atomabfalls ungelöst und die Kosten hierfür sind kaum abzuschätzen.

Der Deutsche Bundestag betont, dass die Atomenergie weltweit an Bedeutung verliert. Die Internationale Energieagentur (IEA) geht von einer deutlichen Reduzierung des Anteils der Atomenergie am weltweiten Endenergieverbrauch von derzeit 2,5 Prozent auf bis zu 1,7 Prozent zum Jahr 2030 aus. Einzelnen Neubauten in wenigen Ländern wie Finnland oder China oder angedachten wie in Frankreich steht eine Vielzahl von altersbedingten Reaktorabschaltungen weltweit gegenüber. Das hohe Alter der derzeit weltweit betriebenen 442 Atomkraft-

werke wird in vielen Ländern noch erhebliche Diskussionen über die Sicherheit der Atomenergie aufwerfen.

Auch Braun- und Steinkohle sind keine Energieträger der Zukunft. Die fortlaufende Subventionierung heimischer Steinkohle verursacht enorme ökonomische und ökologische Kosten und ist vor dem Hintergrund ihrer erheblichen klimaschädlichen Wirkungen unbezahlbar. Die Braunkohle ist besonders klimaschädlich, sie verursacht darüber hinaus aber auch enorme regionale Schäden vor Ort. Techniken zur Abscheidung von CO₂ stecken noch in den Kinderschuhen und sind weit entfernt davon, marktfähig zu sein. Gleiches gilt für die CO₂-Lagerung. Den Energieversorgern steht es frei, ihre Gewinne in die Erforschung und Entwicklung dieser Technologie zu investieren. Eine weitere Subventionierung der Kohle über eine staatliche Förderung so genannter Clean-Coal-Technologien lehnt der Deutsche Bundestag ab. Die Energiewirtschaft sollte sich stattdessen selbst verpflichten, nur noch Kohlekraftwerke zu bauen, die keine Klimagase mehr freisetzen. Ohne eine solche Selbstverpflichtung und deren glaubhafter Umsetzung müssen die Forderungen nach Clean-Coal-Technologien als PR-Strategie für die klimaschädliche Kohle abgetan werden.

Der Deutsche Bundestag betont, dass es im 21. Jahrhundert um die intelligente Nutzung knapper Ressourcen, den Schutz der Erdatmosphäre und um Zukunftstechnologien wie die erneuerbaren Energien geht. Verschwenderische, hoch subventionierte und riskante Großtechnologien bieten keine Perspektive für die Zukunft. Bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit rufen Vertreter der CDU und CSU nach längeren Laufzeiten für Atomkraftwerke. Doch wer fordert, dass die Atomkraft eine wichtigere Rolle für die hiesige Versorgungssicherheit spielen soll, muss auch sagen, wie viele neue Atomkraftwerke gebaut werden sollen.

Der Deutsche Bundestag bedauert, dass wegen des Streits um den Atomausstieg bei den Fraktionen der CDU/CSU und SPD seit der Bundestagswahl energiepolitischer Stillstand in Deutschland herrscht. Wichtige energiepolitische Entscheidungen werden auf die lange Bank geschoben. Angesichts der Herausforderungen des Klimawandels und der bevorstehenden Modernisierung des Kraftwerkparks und den damit verbundenen Investitionen in neue Energietechnologien ist das Nichthandeln der Bundesregierung fahrlässig und verantwortungslos.

Der Deutsche Bundestag betont die Bedeutung einer konsequenten Politik der Energieeinsparung. Deutschland muss der EU spätestens Mitte 2007 eine nationale Energieeffizienzstrategie vorlegen. Es wäre falsch, so lange zu warten. Etwa 40 Prozent unseres heutigen Energieverbrauchs können eingespart werden, der größte Teil davon sogar mit Gewinn. Nicht Atomenergie, sondern Energieeinsparung ist die Brücke zum Zeitalter der erneuerbaren Energien. Wird die Einsparung konsequent vorangetrieben, sinkt der Zubaubedarf für neue Kraftwerke. Dies wäre ein zentraler Beitrag für eine höhere Versorgungssicherheit. Mit effizienter Energienutzung, verstärkter Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), Energieeinsparung und einer klaren Ausbaustrategie für erneuerbare Energien stehen deutlich bessere Alternativen zur Verfügung als Atomenergie und Kohle.

Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Strom- und Wärmeversorgung sowie bei den Treibstoffen und den Rohstoffen der chemischen Industrie kann bis 2020 auf über 25 Prozent erhöht werden. Gleichzeitig wäre eine Reduzierung des Gesamtenergieverbrauchs durch Einsparmaßnahmen und die Anwendung der modernsten Technologien um mindestens 20 Prozent möglich. In wenigen Jahrzehnten kann die gesamte Energieversorgung Deutschlands auf Basis erneuerbarer Energien sichergestellt werden. Die Politik der von den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gebildeten ehemaligen Bundesregierung hat entscheidende Weichen für den Umstieg auf eine sichere, umweltfreundliche und zukunftsgewandte Energieversorgung gestellt, deren Leitlinien weiter zu verfolgen sind.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den seit der Bundestagswahl existierenden energiepolitischen Stillstand in der Bundesregierung aufzulösen, den Streit um längere Laufzeiten für Atomkraftwerke zu beenden und am Atomausstieg unverändert festzuhalten;
2. klarzustellen, ob die Aussagen zur Aufkündigung des Atomkonsenses des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, Michael Glos, oder der Koalitionsvertrag der CDU, CSU und SPD die energiepolitische Grundlage der Regierung sind;
3. eine konsequente Politik der Energieeinsparung, der Verbesserung der Energieeffizienz und des Ausbaus der erneuerbaren Energien zu verfolgen, sich hierfür ehrgeizigere Ziele zu setzen und weitere politische Rahmensetzungen zu verabschieden;
4. einen bedarfsorientierten und verbraucherfreundlichen Energiepass für Gebäude einzuführen. Damit können Mieter und Käufer von Wohnimmobilien den Energieverbrauch von Objekten vergleichen;
5. ein regeneratives Wärmegesetz vorzulegen. Ähnlich wie im Stromsektor müssen die erneuerbaren Energien auch beim Heizen stärker zum Einsatz kommen;
6. bis zur Verabschiedung eines neuen Förderrahmens das Marktanreizprogramm für erneuerbare Energien (MAP) deutlich aufzustocken. Um einen Fadenriss in den Herstellerbranchen von Holzpellettheizungen und Solarthermie zu verhindern, müssen die Mittel für das MAP ab sofort wieder zur Verfügung stehen;
7. ein Gesetz zur Biogaseinspeisung zu verabschieden. Biogas kann Erdgas im erheblichen Umfang ergänzen bzw. ersetzen. Die Biogaseinspeisung ist daher ein zukunftsweisender Beitrag für die Sicherung der Energieversorgung und den Klimaschutz. Verbesserte rechtliche Rahmenbedingungen z. B. zur Aufbereitung, zur Einspeisung und für wirtschaftlich rentable Vergütungssätze müssen dafür zügig erarbeitet werden;
8. den Ausbau der Netzinfrastruktur für die Sektoren Strom, Gas, Nah- und Fernwärme auf eine dezentrale Energieerzeugung mit einem großen Anteil erneuerbarer Energien auszurichten. Dies bedeutet auch virtuelle Kraftwerke mit dezentraler KWK und neue Speichertechnologien einzuführen und auszubauen;
9. als Ersatz für die Grundlast der abzuschaltenden Atomkraftwerke den Neubau und die Optimierung bestehender Biomassekraftwerke, Tiefenerdwärme- und Wasserkraft zu unterstützen;
10. den für die Nutzung der Offshore-Windenergie notwendigen Netzausbau zügig umzusetzen und die Entwicklung von Speichertechnologien voranzutreiben und dabei verstärkt auf weniger störanfällige Erdkabel zu setzen;
11. die Finanzmittel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm unter Berücksichtigung der haushaltsrechtlichen Vorschriften zeitnah zur Verfügung zu stellen. Die Bundesregierung verschuldet mit der verspäteten Einbringung des Bundeshaushalts 2006 einen Investitionsstau bis in den Sommer 2006 hinein;
12. zügig eine nationale Strategie zur Energieeffizienz zu erarbeiten, da nach der EU-Richtlinie zur Energieeffizienz Deutschland eine solche Strategie mit konkreten Zielen und Maßnahmen bis Mitte 2007 vorlegen muss;
13. die Förderung für die Kraft-Wärme-Kopplung zu verbessern. Entscheidend hierfür wird sein, dass die Bundesregierung endlich den im KWK-Fördergesetz vorgesehenen Monitoringbericht vorlegt. Die Überprüfung und Nachbesserung des Gesetzes muss schnell erfolgen, damit das Ziel einer Verdopplung des Anteils der Kraft-Wärme-Kopplung bis zum Jahr 2010 erreicht werden kann;

14. den Emissionshandel dahin gehend zu optimieren, dass stärkere Anreize für einen effizienten Einsatz fossiler Brennstoffe und den stärkeren Einsatz von erneuerbaren Energien auch in bestehenden Kraftwerken gesetzt werden. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung deshalb dazu auf, beim Zuteilungsplan für die Jahre 2008 bis 2012 hohe Anreize für den Brennstoffwechsel zu setzen und 10 Prozent der Zertifikate zu versteigern;
15. einen Klimaschutzfonds für Effizienzmaßnahmen einzurichten, mit dem in Schulen, Krankenhäusern, Kommunen und privaten Haushalten die Energieeinsparung vorangetrieben werden kann. Statt länger die deutsche Steinkohle zu subventionieren, sollten diese Mittel einen solchen Fonds speisen;
16. sich bei der EU-Kommission dafür einzusetzen, die Verbrauchskennzeichnung für Elektrogeräte zu verbessern. Mit einer besseren Kennzeichnung des Stromverbrauchs von Kühlschränken, Computern und anderen Elektrogeräten können sog. Stromfresser leichter identifiziert und ausgemustert werden;
17. sich bei der EU-Kommission dafür einzusetzen, dass die Durchführungsverordnungen zur Umsetzung der Ökodesign-Richtlinie für mehr Energieeinsparung ambitioniert ausfallen und dabei unter anderem der Top-Runner-Ansatz für möglichst viele Produkte eingesetzt wird;
18. ein nationales Top-Runner-Programm nach dem Vorbild Japans zu entwickeln, mit dem der Wettbewerb um beste Entwicklungen angestoßen werden kann. Grenzwerte für den Stromverbrauch von Elektrogeräten müssen nicht immer im Detail vorgeschrieben werden. Stattdessen soll der aktuell beste Anbieter den künftig geltenden Standard setzen;
19. den Wettbewerb auf den Energiemärkten zu fördern, indem die Regelungen der 2005 verabschiedeten Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes konsequent umgesetzt und ausgeweitet werden. Fairer Wettbewerb auf den Energiemärkten in Deutschland und Europa ist die Voraussetzung für mehr Effizienz, Innovationen, erneuerbare Energien, Umweltschutz und faire Preise;
20. die Energieforschung zu verstärken und die Prioritäten zu verlagern. Im vorgesehenen Innovationsprogramm der Bundesregierung muss sie den finanziellen Schwerpunkt auf erneuerbare Energien und Energieeinsparung legen, nicht aber auf Atom- und Fusionsforschung. Das Gleiche gilt für die Einflussnahme der Bundesregierung auf das 7. Forschungsrahmenprogramm der EU;
21. Maßnahmen einzuleiten, den Energieverbrauch auch im Verkehrsbereich drastisch zu senken. Dazu brauchen wir europaweit ambitionierte und verbindliche Verbrauchsobergrenzen sowie eine stärkere Umstellung der Verkehrsleistungen auf öffentlichen Personennahverkehr und Schienengüterverkehr auch in den ländlichen Räumen;
22. alternative Antriebssysteme und Treibstoffe zu fördern, indem die steuerliche Förderung, insbesondere die Steuerbefreiung von reinen Biokraftstoffen, beibehalten wird und ergänzend eine Beimischungspflicht eingeführt wird. Forschungs- und Entwicklungsförderung müssen ausgebaut werden, insbesondere um Nullemissionsfahrzeuge technologisch zu entwickeln, zu optimieren und in den Massenmarkt einzuführen.

Berlin, den 7. Februar 2006

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion